

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Eiweiß-Dumdey)
Berlin N.O. 55, Erißwalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Erißwalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 35.

Berlin, Sonnabend, 1. Mai 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Reichsversicherungsordnung. — Eine Friedens-
Lundgebung in London. — Allgemeine Rundschau. —
Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Reichsversicherungsordnung.

a) Das Verfahren.

Das Verfahren in den verschiedenen Versicherungs-
zweigen ist ein überaus kompliziertes. Was
zunächst die Krankenversicherung anbe-
trifft, so müssen Ansprüche auf Leistungen bei der
Krankenkasse des Versicherten gestellt und von den
Kassenorganen geprüft werden. Werden die An-
sprüche befriedigt, so ist damit die Sache natürlich
erledigt; werden sie jedoch ganz oder teilweise
abgelehnt, so muß auf Antrag des Versicherten
das Versicherungsamt auf Grund öffentlicher
mündlicher Verhandlung, nötigenfalls nach Er-
hebung von Beweisen, die Entscheidung fällen.
Diese Entscheidung muß, mit Gründen versehen,
den beiden Parteien zugestellt werden. In der
für den Versicherten bestimmten Ausfertigung muß
das für die Berufung zuständige Oberversiche-
rungsamt und die Berufungsfrist angegeben wer-
den. Das Versicherungsamt ist gleichzeitig das
Aufsichtsamt für die Krankenversicherung; das bis-
her übliche Verwaltungsstreitverfahren ist wie-
der beseitigt worden.

In Unfallsachen muß, wie bisher, der
Unternehmer zunächst die Unfallanzeige erlassen.
Sie erfolgt aber nicht mehr direkt an die Be-
rufsgenossenschaft, sondern durch Vermitt-
lung des Versicherungsamtes, und
ganz in folgender Weise: Die Untersuchung des
Unfalls findet statt unter Mitwirkung des Ver-
sicherungsamtes. Dasselbe hat dann zunächst zu
prüfen, ob der Unfall voraussichtlich einen Ent-
schädigungsanspruch zur Folge haben wird. Ist
dies der Fall, so hat es ein ärztliches Gutachten
einzuholen, das sich über den ersten Befund, den
ursächlichen Zusammenhang mit dem Unfall und
weiter darüber auszusprechen hat, ob die Ueber-
nahme des Heilverfahrens durch die Berufs-
genossenschaft angezeigt ist. Kommt der ärztliche
Sachverständige zu der Ansicht, daß ein solches
Heilverfahren angebracht ist, so muß dies das
Versicherungsamt der Berufsgenossenschaft mittei-
len, die aber ganz selbständig dar-
über zu entscheiden hat, ob sie das Heil-
verfahren einleiten will oder nicht. Was die erste
Festsetzung der Rente selbst anbelangt, so hat zu-
nächst das Versicherungsamt nach völliger Klar-
stellung des Sachverhalts der Berufsgenossenschaft
zusammen mit den Akten einen Vorschlag
über die Höhe der Entschädigung vor-
zulegen. Dieser Vorschlag, den das Versicherungs-
amt macht, wird in öffentlicher, mündlicher Ver-
handlung festgestellt, wenn der Verletzte dies be-
antragt. Liegt ein solcher Antrag nicht vor, so
kann der Vorsitzende des Versicherungsamtes von
der mündlichen Verhandlung absehen. Ausge-
schlossen ist die mündliche Verhandlung, wenn es
sich lediglich handelt um freie Krankenbehandlung,
Heilanstaltspflege, Angehörigenrente, Sterbe-
geld und Kapitalabfindung.

Wenn dann die Berufsgenossenschaft den Vor-
schlag des Versicherungsamtes erhalten hat, so
hat sie dem Verletzten in der bisherigen Weise
einen Bescheid über die von ihr bewilligte

Rente auszustellen. Wenn der Bescheid von den
Vorschlägen des Versicherungsamtes abweicht,
wenn z. B. die Berufsgenossenschaft eine niedri-
gere Rente gewähren will, als das Versicherungs-
amt angeregt hat, so müssen Abweichungen
vom Vorschlag des Versiche-
rungsamtes bemerkt gemacht und
begründet werden. Erwähnt sei noch, daß
der bisherige Vorbescheid der Berufsgenossen-
schaft künftig wegfällt.

Hat die Berufsgenossenschaft ein Heilverfahren
eingeleitet, so hat sie nach Beendigung des-
selben selbständig die Rente für den Verletzten
festzusetzen. Nur muß sie dann dem Versicherungs-
amt Gelegenheit zur Erklärung geben, die ebenso
wie der Vorschlag, auf Grund mündlicher Ver-
handlung oder ohne solche festzustellen ist. Sonst
ist hinsichtlich der ersten Festsetzung der Ent-
schädigung die Bestimmungen über die Anmelde-
frist von Ansprüchen, über die Verjährung dersel-
ben, über die Anhörung des behandelnden Arztes
u. v. bestehen geblieben.

Ist ein Verletzter bereits im Genuß einer
Rente und soll wegen Aenderung der Verhält-
nisse diese Rente erhöht oder herabgesetzt oder auch
ausgehoben werden, so muß der diesbezügliche An-
trag auf alle Fälle beim Versicherungs-
amt gestellt werden, sowohl von Seiten des Ver-
sicherten als auch von Seiten der Berufsgenossen-
schaft.

Gegen die Entscheidungen der Berufsgenossen-
schaft bezw. des Versicherungsamtes ist die Be-
rufung zulässig an das Oberversiche-
rungsamt. Das Verfahren vor demselben ist
im wesentlichen so geordnet, wie es bisher vor
den Schiedsgerichten üblich war. Hat eine münd-
liche Verhandlung, wo sie zulässig ist, nicht statt-
gefunden, so ist sie auf Antrag eines Beteiligten,
oder wenn es der Vorsitzende des Versicherungs-
amtes oder der Spruchauschuss für zweckmäßig halten,
vor der Durchführung des Berufungsverfahrens
noch nachzuholen. Gegen die Entscheidung des
Oberversicherungsamtes ist dann nur noch eine
Revision an das Reichsversiche-
rungsamt oder, wenn das Oberversicherungs-
amt seinen Sitz im Bezirk eines Landesversiche-
rungsamtes hat, an dieses zulässig. Das
Rechtsmittel des Rekurses wird auch
für Unfallsachen beseitigt. Das bedeu-
tet, um es schon hier vorwegzunehmen, eine ganz
erhebliche Verschlechterung, die um so schwerer von
den Arbeitern empfunden werden muß, als auch
die Revision unter gewissen Voraussetzungen noch
ausgeschlossen ist. Doch darüber weiter unten!

Für das Gebiet der Invaliden- und
Hinterbliebenenversicherung ist die
Tätigkeit des Versicherungsamtes und der Landes-
versicherungsanstalten entsprechend dem Verfahren
bei der Unfallversicherung geregelt. Bei der ersten
Feststellung also macht auch hier das Versicherungs-
amt zunächst den Vorschlag, worauf die Ver-
sicherungsanstalt den förmlichen Bescheid erteilt.
Ebenso kann das Versicherungsamt die Einleitung
eines Heilverfahrens anregen, und gleichzeitig ist
es diejenige Instanz, an welche Anträge auf Ein-
stellung von bereits bewilligten Renten gestellt
werden müssen. Auch bezüglich des Verhandlungs-
verfahrens gelten dieselben Bestimmungen. Eine
mündliche Verhandlung soll nicht stattfinden, wenn
es sich um Vorschläge über Altersrenten, Waisen-

renten, Wittwengeld, Waisenaussteuer, Beitragserstat-
tung, Kapitalabfindung oder das Ruhen der Ren-
ten handelt. Auch auf diesem Gebiete ist die Be-
rufung an das Oberversicherungs-
amt zu richten, gegen dessen Entscheidung Re-
vision an das Reichsversicherungs-
amt, bezw. das Landesversicherungsamt zulässig
ist.

Die Revision an das Reichsversicherungs-
amt bezw. die Landesversicherungsämter ist, wie
bereits angedeutet, auch nur unter gewissen
Bedingungen möglich. Sie soll ausgeschlossen
sein in Fragen der Krankenversicherung,
wenn es sich um solche Fälle handelt, in denen die
Berufung gegen die Entscheidung des Versiche-
rungsamtes vom Oberversicherungsamte zurückge-
wiesen ist, wenn also die Entscheidungen der bei-
den ersten Instanzen übereinstimmen. Wei-
ter gibt es keine Revision in der Krankenversiche-
rung in Unterstufungsfällen, in denen die Krank-
heit nicht mit Arbeitsunfähigkeit verbunden war,
über die Höhe des Krankengeldes, über Wöchnerin-
nen- und Schwangerschaftsunterstützung und
Sterbegeld.

Auf dem Gebiete der Unfallversiche-
rung ist die Revision unzulässig in
allen denjenigen Fällen, in denen es bisher schon
keinen Rekurs gab, d. h. also, wenn es sich um
die Einleitung eines Heilverfahrens, um eine
Rente für voraussichtlich vorübergehende Erwerbs-
unfähigkeit, um Sterbegeld, Heilanstaltspflege und
Angehörigenrente handelt. Keine Revision soll
es ferner geben gegen die anderweitige Feststellung
der Entschädigung nach Eintritt einer Aenderung
der Verhältnisse, bei Kapitalabfindungen an Stelle
einer Rente von 20 oder weniger Prozent und bei
Streitigkeiten um die Kosten des Verfahrens.

Bei der Invaliden- und Hinter-
bliebenenversicherung soll es keine
Revision geben, wenn es sich handelt um die
Dauer und die Höhe der Rente, um Kapitalabfind-
ung, um Beitragserstattung, um Wittwengeld und
Waisenaussteuer.

In allen sonstigen Fällen also bildet das
Reichsversicherungsamt bezw. das Landesversiche-
rungsamt die Revisionsinstanz. Die Revision
aber kann nur begründet werden:

1. auf Gesetzesverletzungen, d. h.,
wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig an-
gewendet worden ist;
2. auf einen Verstoß wider den
klaren Inhalt der Akten. Ein solcher
wird namentlich dann als vorliegend angesehen,
wenn Tatsachen festgestellt sind, für die sich in
den Akten kein genügender Anhalt findet, oder
wenn Tatsachen von Bedeutung bei der Entschä-
digung unbeachtet geblieben sind, die in den Akten
festgestellt waren;
3. auf wesentliche Mängel des
Verfahrens, die natürlich festgestellt werden
müssen.

Hinsichtlich der Durchführung des Revisions-
verfahrens verdient noch hervorgehoben zu werden,
daß die Zurückweisung unzulässiger
oder verspäteter Revisionen durch Be-
scheid des Vorsitzenden des Spruchsenats ohne Se-
natsbeschluss soll erfolgen können, wenn er mit dem
Berichterstatter über die Unzulässigkeit oder die
Verspätung einverstanden ist, und daß, wenn ein
Senat des Reichs- oder eines Landesversicherungs-

amtes in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von einer veröffentlichten Entscheidung eines anderen oder des Großen Senats des Reichsversicherungsamtes abweichen will, er die Sache unter Begründung dieser Auffassung an den Großen Senat des Reichsversicherungsamtes zu verweisen hat.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen betreffend die Wiederaufnahme des Verfahrens! Eine solche soll auch dann möglich sein, wenn neue Tatsachen oder neue Beweismittel vorgebracht werden, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen eine dem Antragsteller günstigere Entscheidung herbeiführt hätten, sobald glaubhaft gemacht wird, daß die Tatsache oder Beweismittel dem Antragsteller früher nicht bekannt oder ohne sein Verschulden von ihm nicht vorgebracht waren. Dabei sollen aber ärztliche Gutachten, die lediglich den früher festgestellten Tatbestand anders beurteilen, nicht als neue Beweismittel gelten.

Damit dürften wir die wesentlichsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung erwähnt haben. Fragen von untergeordneter Bedeutung konnten natürlich nicht berücksichtigt werden. Wir behalten es uns vor, unsere kritischen Betrachtungen an die einzelnen Gesetze zu knüpfen, nachdem die maßgebenden Instanzen unserer Organisation Anfang Mai endgültig Stellung zu dem Entwurf genommen haben.

Eine Friedenskundgebung in London.

Am 20. September v. J. fand in Berlin in unserem Verbandshause eine glänzende Demonstration statt, die der Pflege und Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England galt. Eine Deputation von englischen Arbeitern überbrachte uns eine Friedensadresse, und in unserer Antwort darauf wurde zum Schluß das Versprechen gegeben, daß wir den Besuch der englischen Gäste im Frühjahr dieses Jahres erwidern würden. Dieser Plan ist jetzt verwirklicht worden. Gestern, Freitagabend, hat in Gaxton Hall, einem Kriegervereinslokal in London, der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt als Führer einer Deputation von Gewerkevereinen im Namen unserer Organisation eine Friedensadresse überreicht, deren Wortlaut wir weiter unten wiedergeben. Zu der Deputation gehören außer dem Kollegen Goldschmidt die Kollegen Gustav Hartmann, Vorsitzender des Zentralrats und Generalsekretär des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Carl Sahn, Generalsekretär des Gewerkevereins der Fabrik- und Handarbeiter, Georg Borchardt, Redakteur der „Kaufmännischen Rundschau“ vom Verein der Deutschen Kaufleute, Max Bierhub, Schachmeister des Gewerkevereins der Textilarbeiter, Leopold Winter, Generalsekretär des Gewerkevereins der Schuhmacher- und Lederarbeiter, M. Schumacher, Vorsitzender des Gewerkevereins der Holzarbeiter, Paul Krüger, Vorsitzender des Gewerkevereins der Schneider, E. Bergmann, Generalsekretär des Gewerkevereins der Graphischen Berufe und Maler, Franz Schmidt, Generalsekretär des Gewerkevereins der Bergarbeiter, S. Kluge, Vertreter des Gewerkevereins der Deutschen Gemeindearbeiter, S. Reil, Vertreter des Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerkevereine in Rheinland-Westfalen, Th. Kabethge, Vertreter der Berliner Bauernoffenschaft, Oskar König, Vorsitzender des Bundes der deutschen, österreichischen und schweizerischen Brauergesellen, Max Verolhonora, Vorsitzender der Internationalen Arbeiter-Liga als Dolmetscher.

Die Versammlung in London wurde geleitet von dem Parlamentsmitglied und Bergarbeiterführer Thomas Burt. Als Redner traten auf die Arbeiterführer, die auch im Herbst v. J. in unserem Verbandshause sprachen. Herr Maddison, der Präsident der Internationalen Schiedsgerichtsliga, Shackleton, der Präsident des parlamentarischen Komitees der englischen Gewerkevereine, John Wilson, Sekretär der Bergleute von Durham, W. Appleton, Sekretär des Verbandes der englischen Gewerkevereine, und E. W. Allen, der Präsident des Genossenschafts-Kongresses. Von unserer Seite sprachen außer dem Kollegen Goldschmidt noch die Kollegen Hartmann, Sahn, Borchardt, Bierhub, König und Kluge. Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf der Versammlung liegt uns natürlich noch nicht vor. Wir beschränken uns deshalb für heute auf die Wiedergabe der offiziellen Adressen. Die ansprache hat folgenden Wortlaut:

Brüder! Am 20. September v. J. hatten wir die große Freude, Eure Vertreter in Berlin zu begrüßen und von ihnen die Versicherung aufrichtiger Freundschaft entgegenzunehmen. Die deutsche Arbeiterschaft fühlte die Bedeutung dieses ihr unvergeßlichen Tages und war glücklich, zu vernehmen, daß die Arbeiter Großbritanniens ihre Wünsche für die Festigung der Freundschaft zwischen dem britischen und deutschen Volke teilten. Eure Vertreter luden uns ein, den Versuch zu erwidern. Wir nahmen diese Einladung mit ungeringer Dankbarkeit an, und so sind wir denn heute bei Euch erschienen, um zu erklären, daß die deutsche Arbeiterschaft keine Feindschaft im Herzen tragen wider das britische Volk und auch gegen keines der anderen Völker.

Brüder! Euer und unser Volk verbindet das Band der Stammesverwandtschaft. Wäre es da nicht wider natürlich, wenn sich zwischen Euch und uns Feindschaft aufstun wollte? Das darf und soll nicht geschehen! Schmach treffen, der es anders will! Wir wünschen den Frieden und der Kultur willen; denn der Krieg ist die Barbarei, darum haßen und verdammen wir ihn.

Bei aller Liebe, die uns als deutsche Männer für unser Vaterland befeelt, soll uns niemand hindern, aufrichtige Freundschaft für Euch zu empfinden. Wir vergessen es nicht, daß wir dem britischen Volke Dank schulden für seine bahnbrechende Arbeit auf so vielen Gebieten, insbesondere der Freiheit, der Wissenschaft und der Machtentfaltung im wirtschaftlichen Können. Wir beklagen es deshalb tief, daß gewissenlose Menschen immer wieder versuchen, die Fackel der Zwietracht unter die Völker Europas zu schleudern, was einen furchtbaren Brand verursachen kann, weil überall offene Pulverfässer umherliegen. Wir deutschen Arbeiter, die heute zu Euch sprechen, sind Patrioten, die ihrem Vaterland ergeben sind, aber gerade deshalb erheben wir uns so lauter den Ruf: Die Arbeiter wollen den Frieden in Deutschland, in Großbritannien und in der ganzen Welt. Die Arbeiter füllen die Regimenter und bemannen die Schiffe, sie sind es daher auch, die im Kriege die meisten Opfer an Gut und Blut bringen. Da ist es nur zu natürlich, daß sie den Frieden wünschen. Vor Ueberfällen und Angriffen wird der deutsche Arbeiter sein Vaterland zu schützen wissen, da kennt er auch keine Furcht. Wir wollen jedoch aufrichtige Freundschaft mit dem britischen Volke, weil der Krieg beiden Völkern tiefe Wunden schlägt und ihren Aufschwung zu den lichteren Höhen vererbellen Menschentums für lange Zeit aufhalten würde. Der Krieg tritt das Sittengezetz mit Füßen und wandelt den Mensch zur Bestie. Er steht im schärfsten Gegensatz zur Kultur. Diejenige Staatskunst stellen daher auch wir am höchsten, die uns den Frieden erhält. Die alte Auffassung, daß der Krieg das Menschengehiedt bilde, weil er den Mut der Menschen prüfe und andere Tugenden in ihnen wecke, kann in unserer modernen Zeit, die bessere Mittel kennt, den Menschen zum Menschen zu erheben, nicht aufrecht erhalten werden. Wir Arbeiter haben im schweren Kampfe gegen Not und Elend zum Schutze von Weib und Kind, Gelegenheit mehr als genug, Mut und Lebenskraft zu betätigen. Was gilt bei der heutigen Waffentechnik überhaupt noch der persönliche Mut? Beweisen der tühne Eglar zu Wasser, der Bergarbeiter tief in der Erde, Zimmerleute, Maurer, Dachdecker auf schwindelnder Höhe, die Arbeiter in den Sprengstoffabriken, der Führer auf der saujenden Lokomotive und die Arbeiter in den zahlreichen anderen mit Gefahren verbundenen Betrieben nicht oft genug den gleichen Mut wie der Krieger der Gegenwart?

Brüder! Wir haben Vertrauen zu Eurem Willen, mit uns Freundschaft zu pflegen. Habt dies Vertrauen auch zu uns! Das Toben chauvinistischer Zeitungen macht uns nicht wandeln in unserem Vertrauen zu Euch. Unser Volk will den Frieden. Nur im edlen Wettkampf will es seine Interessen fördern und seinen Wohlstand steigern; im friedlichen Ringen der Völker das Beste zu leisten auf allen Gebieten der geistigen und gewerblichen Arbeit wird Segen erwachsen allen, die daran teilnehmen. Im Austausch der Waren und der kulturellen Erfolge wird die eine Nation wechsellirend durch die andere gehoben. Das leht die Vergangenheit und wird die Zukunft wahr halten.

Auch in diesem Wettkampf können gelegentlich Differenzen entstehen. Es ist ein Verdienst des Einflusses der Internationalen Liga für Schiedsgerichte und der Interparlamentarischen Union, daß es in die-

sen Fällen gelang, solche Reibungen friedlich zu schlichten und Kriege zu verhüten. Die Internationale Liga ist eine Schöpfung britischer Arbeiter, die eifrig für die Sache der Gewerkevereine tätig waren. Der auch uns deutschen Arbeitern wohlbekannte und unvergeßliche Bruder William Randall Cremer war ihr Gründer. Sein großes Werk wollen wir in Gemeinschaft mit Euch fortsetzen.

Brüder! Noch bezieht mannsichach Misstrauen, aber wir versichern Euch in aller Feierlichkeit, daß unser Volk nicht daran denkt, England zu befehlen. Das hat der deutsche Kaiser erklärt, das sprachen die deutschen Parlamentarier aus, die Vertreter der Presse, die Vertreter der Städte, und das erklären wir Arbeiter, die den Hauptteil der Bevölkerung bilden. Wir sind überzeugt, daß bei aller Verschiedenheit des politischen Denkens nur eine Meinung über die Friedensfrage in der deutschen Arbeiterschaft bezieht. So lange die Völker einander mißtrauisch gegenüber stehen, glauben sie in einer starken Rüstung die beste Friedensbürgschaft erblicken zu können. Sobald ein Staat seine Truppen oder seine Schiffe verneht, folgen die anderen seinem Beispiel. Dann stehen alle wieder gleich. Erreicht ist nichts, als daß die Völker nur noch schwerer seuzen unter der drückenden Last ihrer Rüstungen. Der erste Delegierte Großbritanniens im Haag hat am 17. August 1907 darauf aufmerksam gemacht, daß die jährlichen Wehrkosten für Europa, die Vereinigten Staaten und Japan zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz von 251 Millionen Pfund Sterling auf 320 Millionen Pfund gestiegen sind, also in 8 Jahren um 69 Millionen Pfund. Wie wird es um diese Ziffer 1914 stehen, wenn die Staaten zum dritten Male im Haag zusammenkommen? Es wäre deshalb schon ein großer Erfolg, wenn endlich ein Weltfriedeher mit Namen „Gesunder Menschenverstand“ käme und mit Konnerstinne „Stillgeimie“ kommandierte. Ein Uebereinkommen der Staaten, einen Stillstand in Rüstungen herbeizuführen, wäre der erste wichtige Schritt zur Einschränkung der heutigen maßlosen Verschwendung. Die im Militarismus zu Wasser und zu Lande verbrauchten Werte sind unproduktiv. Die Völker müssen sich abbarben, was sie dafür aufbringen.

Brüder! Das ist unsere aufrichtige Meinung. Es muß gelingen zwischen England und Deutschland Frieden zu halten. Haben doch die Völker und Fürsten beider Länder diesen Wunsch. Also wird es auch wahr werden, was wir deutschen Arbeiter ersehnen: Ein von allem Mißtrauen freies, aufrichtiges Freundschaftsverhältnis zwischen Eurem und unserem Volke!

Die englische Antwortadresse lautet in möglichst wortgetreuer Uebersetzung:

Meine Herren der deutschen Delegation!

Als ich im September vorigen Jahres in Ihrer prächtigen Stadt Berlin weilte, hatte ich das Glück, Ihnen durch die Internationale Schiedsgerichtsliga die brüderlichen Grüße meiner Kollegen von der Arbeiterdeputation übermitteln zu dürfen, welche bei dieser Gelegenheit die Gefühle der überwiegenden Mehrheit des Volkes des Vereinigten Königreichs wiedergaben. Heute begrüßen wir Sie mit ungeheurer Freude auf englischem Boden als die Sendboten von Wohlwollen und Frieden; denn als solche kommen Sie zu uns. Ihre Mission, wie auch seinerzeit die unsrige hat nur den einen großen Zweck — die Förderung der englisch-deutschen Freundschaft. In diesem Sinne begrüßen wir Sie als Brüder in einer heiligen Sache, in der es keine „Ausländer“ oder „Fremde“ gibt.

Als Repräsentanten eines bedeutenden Teiles der organisierten deutschen Arbeit haben Sie uns in gewichtiger Sprache die Versicherung gegeben, daß die Arbeiter Ihres großen Landes den Kriegsgedanken haßen und verlangen, daß die Staatsmänner erst alle Vernunftsmittel erschöpfen sollen, ehe sie zur Gewalt schreiten. Denn diese gehört der Barbarei, nicht aber dem Zeitalter der Vernunft an.

Wir teilen Ihre Ansicht in volstem Umfange. Sie sehen gleich uns in dem internationalen Schiedsgericht den einzigen vernünftigen Weg, Streitigkeiten zwischen Nationen zu schlichten; sie müssen beobachten, daß die Bürde der Kriegsrüstungen wie ein schredlicher Alp auf den Völkern Europas lastet und daß es allerhöchste Zeit ist, einem Zustand ein Ende zu machen, in welchem die Hälfte der Ausgaben der Nationen für zerstörende und unproduktive Zwecke verwendet werden. Wir

haben dieselbe Empfindung und teilen uns mit Ihnen in das vornehme Wert, zu verfügen, die Herrschaft der Ordnung aufzurichten an Stelle der Anarchie, die heute sich breit macht. Krieg ist die Verneinung des Gesetzes, im Gegensatz zu Religion und Zivilisation.

Wir bewillkommen Sie als deutsche Arbeiter, die auf nationalem Boden stehen, als getreue Söhne des Vaterlandes und gute Patrioten. Als solche und nicht als nirgend hingehörende Weltbürger, die sich nicht um das Land ihrer Geburt kümmern, versicherten Sie uns des Wohlwollens der deutschen Arbeiter. Wir begegnen uns auf demselben Boden. Auch wir lieben unser Land; aber gleich Ihnen verwechseln wir nicht Patriotismus mit Mißtrauen und Haß gegen andere Nationen. So haben wir gemeinsame Ziele, aber wir haben gleichzeitig auch gemeinsame Feinde. In unserem Lande, wie in dem Ihrigen, gibt es Leute, welche der Regierung jeder Nation unlautere Motive und böswillige Absichten beimessen. Diese Kriegsheher handeln bisweilen aus Unwissenheit, häufig aus Korruption; immer aber stiften sie Unheil. Sie verfügen über eine Rinnstein-Presse, welche die Brunnen des Wissens vergiftet und die Luft verpestet. Diese brüderlichen Verjüngung sind die besten Gegengifte für dieses Gift. Der internationale Völkermann, welcher häufig der Feind des Arbeitgebers sowohl, als auch des Arbeitnehmers ist, mäht sich an den Vorturteilen und Leidenschaften, die dieser blinde Kriegslärm erzeugt.

Wir bitten Sie, die Schaumschlägereien der Theater und Varietés nicht etwa als den Ausdruck der britischen Volksmeinung zu betrachten. Hysterische Furcht vor Einfall ist den Traditionen unseres Inselvolkes fremd und spielt in unserer Landespolitik keine Rolle. Sie ist hauptsächlich das künstliche Erzeugnis politischer Charlatane oder der an einem Kriege interessierten Klassen.

Auf beiden Seiten der Nordsee existieren solche Störenfriede. Aber wir sind überzeugt, daß sie in beiden Ländern nur für einen winzigen Teil der Nation das Wort führen.

Ihre Anwesenheit hier ist ein Unterpfand für die brüderliche Achtung der deutschen gewerbetreibenden Klassen, welche wir erneut erwidern, und in dieser Vereinigung der Völker für die gemeinsame Sache des internationalen Friedens sehen wir die endliche Hoffnung für eine dauernde Freundschaft.

Mit hoher Befriedigung nehmen wir aber auch davon Kenntnis, daß die gegenseitige Achtung, welche nach Ihrem Wunsch zwischen unseren zwei Ländern bestehen soll, keineswegs einen ausschließlichen Charakter trägt. Wir wollen kein Offensiv-Bündnis, sondern eine freundschaftliche Verständigung, welche die Sicherheit für den Frieden Europas bietet. Was das englisch-französische „freundliche Einvernehmen“ zuzustande gebracht hat, könnte ein englisch-deutsches Bündnis auch tun. Und warum nicht einen Friedens-Dreieck? Wenn Deutschland, Frankreich und England feierlich verpflichtet wären, alle Streitigkeiten unter sich einem Schiedsgericht zu unterbreiten, dann müßte das schlimme Regiment von Mißtrauen und Verdächtigung sein Ende erreichen, und diese drei großen Nationen würden die Führung einer großen Friedensliga haben. Dies war ja auch ein Lieblingsgedanke des verstorbenen Sir Henry Campbell-Bannerman, dessen Tätigkeit als Premierminister gekennzeichnet war durch sein edles Wirken, die Menschheit von der erdrückenden Last der Kriegsrüstungen zu befreien. Einzig und allein durch eine Politik von internationalen Vereinbarungen kann dem gegenwärtigen sinnlosen Wettrüsten in Meer und Marine ein Stillstand geboten werden.

Augenblicklich spielen unsere beiden Länder die Hauptrollen in diesem Wettlauf. Wir sind die Schrittmacher für die anderen. Warum sollte das so weiter gehen? Die Arbeiter fürchten einander nicht; Ihr Kaiser und unser König sind Verwandte und Freunde; wir sind gegenseitig unsere besten Kunden, und in uns beiden fließt Sashes-Blut. Das sind nicht Momente der Zwietracht, sondern der Harmonie. Diese und andere Faktoren für ein englisch-deutsches Abkommen nutzbar zu machen, ist die augenblickliche und vornehmste Pflicht unserer Staatsmänner, und wir Angehörige der arbeitenden Klassen müssen danach mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ringen.

Wir haben höhere Pflichten, als unsere Mittel in Ausgaben für Kriegswerkzeuge zu erschöpfen. In bei-

den Ländern haben wir Armut, Laister, Krankheit und Tod zu bekämpfen, die Herrschaft über Naturkräfte zu gewinnen und für den Arbeiter den ihm gebührenden Platz im Wirtschaftsleben zu schaffen. Sie und wir sind zu zivilisiert, um an Krieg zu denken. Unsere Gedanken sind vielmehr auf die Förderung der Menschlichkeit, der sozialen Einrichtungen, des geistigen Fortschritts, kurz, auf den Fortschritt in allen seinen Zweigen gerichtet.

In dieser Hoffnung und mit diesem Entschluß bewillkommen wir Sie in der Hauptstadt des britischen Reiches, und wir verbürgen uns nochmals für die Sache des internationalen Schiedsgerichtes und Friedens, indem wir erklären, daß nichts eher und mehr dazu beitragen würde als ein englisch-deutsches Einvernehmen. Das ist Ihre Mission und unsere Botschaft. Durch sie begeistert, bieten wir Ihnen die Hand zu dauernder Kameradschaft und heißen Sie in unserem Lande und bei unserer Volke willkommen.

In der nächsten Nummer werden wir über den Verlauf der Veranstaltung Näheres mitteilen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. April 1909.

Seinen 70. Geburtstag feiert am morgigen 1. Mai der Kollege Heinrich Waldt, Schachmeister des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Waldt ist eines der ältesten Mitglieder unserer Organisation und bekleidet sein Amt schon seit dem Jahre 1875, gewiß ein Zeichen für das hohe Vertrauen und Ansehen, das er genießt. Wer Waldt näher kennt, der ist erstaunt und erfreut zugleich über die körperliche und geistige Regsamkeit, die dem Siebenzigjährigen eigen ist. Zu seinem diesmaligen Geburtstage bringen wir ihm unsere herzlichsten Glückwünsche dar. Möge ihm noch ein recht langer und erfolgreicher Lebensabend beschieden sein!

Einem erfreulichen Erfolg haben unsere Kollegen im Herzogtum Anhalt zu verzeichnen. Auf ihren Antrag hat der anhaltische Landtag beschlossen, daß bei den Gemeindevorstandswahlen auf dem Lande die geheime Stimmabgabe eingeführt wird. Bedauerlicherweise wurde in derselben Sitzung ein freisinniger Antrag, der die Einführung der geheimen Stimmabgabe zu den Arbeitervertreterwahlen in staatlichen Betrieben forderte, abgelehnt.

Der soziale Ausschuß von Vereinen technischer Privatangestellten verleiht seinen Jahresbericht für das Jahr 1908. Es geht daraus hervor, daß der Ausschuß im verfloßenen Jahre zu allen die Interessen der technischen Privatangestellten betreffenden Fragen Stellung genommen hat. Es wurden zwei Vertreterversammlungen abgehalten, von denen die erste sich mit der Novelle zur Gewerbeordnung, der Pensionsversicherungsfrage und dem ersten Entwurf eines Arbeitskammergesetzes beschäftigte. In der zweiten Sitzung wurden das sozialpolitische Programm und die Satzungen des Sozialen Ausschusses einer grundlegenden Reform unterzogen. Außerdem wurde in dieser Sitzung zu dem Angriff der bayerischen Metallindustriellen auf das Koalitionsrecht der Privatangestellten Stellung genommen. Zur gezielten Regelung des Koalitionsrechtes hat der Soziale Ausschuß dann später noch seine Vorschläge in einer ausführlichen Eingabe an Reichstag und Bundesrat niedergelegt. Von den im Deutschen Reich bestehenden größeren Technikerverbänden gehören zurzeit vierzehn dem Sozialen Ausschusse an, die insgesamt 76 822 Mitglieder zählen. Es sind damit im Sozialen Ausschuß 75 Prozent aller organisierten technischen Privatangestellten vertreten.

Aus der dem Bericht angehängten Uebersicht über die Organisationen der Angestellten im Jahre 1908 ergibt sich, daß am 31. Dezember 1908 die kaufmännischen Verbände 494 725, die Techniker-Verbände 111 884; die Verbände der Bureaubeamten 12 437, die Verbände der landwirtschaftlichen Angestellten 13 777 und verschiedene Organisationen 117 393 Mitglieder zählten. Es muß jedoch dabei beachtet werden, daß hiervon nur 650 993 Privatangestellte sind.

Arbeiterbewegung. In Köln, wo erst kürzlich ein Streik der Kostümschneider beigelegt ist, drohen neue Differenzen auszubrechen. Trotz der Vereinbarung, daß Nachregelungen Ausständiger nicht stattfinden dürften, ist bei einer großen Firma eine Anzahl Schneiderinnen nicht wieder einge-

stellt worden. Wenn der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes nicht ein Maßwort spricht und für Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen sorgt, wird sich eine neue allgemeine Arbeitseinstellung in der Kostümschneiderei nicht vermeiden lassen. — In der Glasindustrie der Provinz Bayern steht ein Ausstand bevor. Die Arbeiter sind nämlich in eine Bewegung eingetreten, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Einigung erzielt wird, soll die Arbeit niedergelegt werden. — Die Schumacher in Wiesbaden sind wegen Lohnsdifferenzen in den Streik getreten. — In Dresden haben die Pflesterer beschlossen, die Arbeit niederzulegen, um die Durchführung eines neuen Lohns tarifs zu beschleunigen. — Der Kampf im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe dauert fort. Die Bemühungen des Gewerkeberichters Rath in Essen, Einigungsverhandlungen einzuleiten, sind bisher vergeblich gewesen. — Infolge des Streiks der Hammer- und Schmiedehämmer hat das Sagen-Grünthaler Eisenwerk seinen Betrieb eingestellt und die noch beschäftigten 200 Arbeiter entlassen. — In mehreren Knopffabriken in Frankenhäusern A. Stoffhäuser stehen die Arbeiter im Streik, weil ihnen verschlechterte Lohn-tarife zugemutet werden.

Die Gärtnergehilfen in Wien und Umgebung sind, etwa 2000 an Zahl, wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. — Der Streik der französischen Knopfabriker droht von neuem auszubrechen. Die Unternehmer haben nämlich in dem von ihnen ausgearbeiteten Tarif zwar die Sätze für die besseren Arbeiten beibehalten, für die geringeren Arbeiten aber niedrigere Löhne eingeleitet. Darauf wollen sich die Arbeiter aber nicht einlassen. Der Plan der Unternehmer, dadurch Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden zu bringen, ist vereitelt worden, da die Arbeiter einmütig diesen Tarif ablehnen. — Wegen Nichtanerkennung der Organisation und Verweigerung von Lohnerhöhungen sind in Maastricht (Holland) etwa 1000 Glasarbeiter in den Streik getreten.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März zeigte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ebensowenig wie im Vormonat ein einheitliches Bild. Die Störungen, die der ungewöhnlich lange Winter für eine Reihe von Gewerben und für den Schiffsfahrtsverkehr im Gefolge hatten, wichen erst gegen das Ende des Berichtsmontats. Dafür trat eine Reihe von weiteren Umständen in die Erscheinung, welche eine Ausnutzung der durch die wärmere Witterung geschaffenen günstigeren Verhältnisse hintanhielten. So war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt eine unverändert schlechte, wesentlich mit aus dem Grunde, weil die für den 1. April vom rheinisch-westfälischen Kohlenindustriat angekündigte Preisherabsetzung die Ankäufe vor diesem Termine zurückhielt. Außerdem hatte der Rhein bis zum 22. März Niedrigwasser. Uebrigens ungenügend war die Geschäftslage andauernd in der Metall- und Maschinenindustrie. Nur in denjenigen Zweigen, die zum Baugewerbe in Beziehungen stehen, war eine Belebung bemerkbar. Das Baugewerbe selbst konnte in der zweiten Hälfte des Monats eine etwas regere Tätigkeit entfalten, wenn auch ein entscheidender Aufschwung noch nicht eingetreten ist. Günstig war die Lage in einzelnen Zweigen der Bekleidungsindustrie, während für andere, wie z. B. die Hutindustrie, der Höhepunkt der Beschäftigung bereits überschritten war. Der Binnen-schiffsfahrtsbetrieb konnte auf dem Rhein, dem Redar und der Elbe erst gegen Ende des Monats in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Das Bild, welches die Berichte der Industrie über die Lage des Arbeitsmarktes im März geben, wird im großen und ganzen bestätigt durch die Ergebnisse der Frankfurter Statistische Amt berichtenden Klassen ergab sich am 1. April 1909 gegen den 1. März 1909 eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 120 185 Personen (+ 111 134 männliche, + 9051 weibliche). Diese Zunahme überwoh insbesondere bei den männlichen Mitgliedern die am gleichen Zeitpunkte des Vorjahres verzeichnete erheblich. Am 1. April 1908 ergab sich nämlich ein Mehr von nur 65 745 Personen. (+ 59 044 männliche, + 6701 weibliche). Dabei ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß im Februar 1909 eine Abnahme der männlichen Mitglieder (- 3902 stattgefunden hatte, während im gleichen Monate des Vorjahres ein Zuwachs um 49 001 männliche Mitglieder zu verzeichnen war. Die Arbeitslosen-ziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende Januar 1909

auf 4,2 Prozent, Ende Februar auf 4,1 Prozent und Ende März auf 3,5 Prozent. Die Arbeitslosenziffer hat sich demnach im Laufe der 3 Monate etwas verringert, sie war jedoch immer höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahrs.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeit nachweise waren den Berichten zufolge insbesondere für die männlichen Arbeiter günstiger als im Vormonat, aber immer noch erheblich ungünstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Verkehrsereignisse aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im März 1909 um 2 802 367 Mt. höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehreinnahme von 13 Mt. oder 0,49 Prozent auf 1 Kilometer.

Das Einkommen der Arbeiter aus Ueberstunden wird bekanntlich in Preußen mit versteuert. Als nun vor einiger Zeit der preussische Finanzminister eine Verordnung erließ, daß das Einkommen der Zollbeamten aus Ueberstunden bei der Besteuerung außer Anrechnung bleiben sollte, wurde von verschiedenen Seiten angenommen, daß man dann billigerweise auch den Ueberstundenverdienst der Arbeiter nicht mit zur Steuer veranlagten dürfe. Die städtische Steuerbehörde von Hagen i. Westf. richtete daher eine Anfrage an den Minister, ob die für die Zollbeamten aufgestellten Grundsätze auch für die Lohnarbeiter maßgebend sein sollten. Darauf hat der Minister nunmehr geantwortet, daß das unstatthaft sei.

Gegen Arbeitgeber, die sich weigerten, den Lohn ihrer Arbeiter für Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. anzugeben, ist auch in der Tat mit der größten Schärfe vorgegangen worden, und es soll auch bereits in einem Falle eine Verstrafung mit 3000 Mt. erfolgt sein.

Es bleibt also, so faat die „Frankf. A.“ mit Recht, bei der ungerechten Heranziehung des Einkommens der Arbeiter aus außergewöhnlichen Leistungen. Diefelben Gründe, die für die Zollbeamten maßgebend sind, treffen auf die Lohnarbeiter in ähnlicher Weise zu. Das Mehr an Einkommen durch Ueberstundenarbeit wird zum Teil wieder absorbiert durch die Mehraufwendungen für Nahrung, Kleidung usw. Aus Freude und reiner Lust entschließen sich die Arbeiter doch wirklich nicht zu Ueberstunden; sie folgen vielmehr dabei in den weitaus meisten Fällen dem Zwange der Verhältnisse. Gerade darum hätte man eine wohlwollendere Stellungnahme des Finanzministers auf die Sägener Anfrage erwarten sollen.

Man versteht es daher sehr gut, daß die beiden Anträge an die Generalversammlung gestellt werden und erklärt:

Wir sind nicht Anhänger der Neutralität der Gewerkschaften, sofern das Wort bedeutet soll, daß die Gewerkschaften zu allen Parteien neutral stehen. Dagegen halten wir die Neutralität der Gewerkschaften für sehr nötig und nützlich, die den inneren Kämpfen in der Sozialdemokratie gilt.

Mit anderen Worten heißt das, daß die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften unter allen Umständen Sozialdemokraten sein sollen. Das ist ja nichts Neues; immerhin aber verlohnt es sich, derartige Anschauungen festzunageln.

Gewerkevereins-Teil.

§ Berlin. In Nr. 4 des „Werkruf“ des Organs des sozialdemokratischen Käders- und Kreditorenverbandes, Mitgliedschaft Berlin, findet sich eine Notiz: Eine noble Firma, in welcher verjucht wird, den Gewerkevereinstollgen einen Stieb zu verjehen. Mit der noblen Firma ist die Schokoladenfabrik von Carotti in Berlin gemeint, die ein System der Alterszulagen eingeführt hat, wodurch verschiedene Kollegen es infolge langjähriger Tätigkeit auch schon zu einigermaßen annehmbaren Löhnen gebracht haben. Nun sind plötzlich drei Verbändler, welche ebenfalls schon eine Reihe von Jahren im Betriebe beschäftigt sind, entlassen worden. Gleich heißt es nun, daß unsere Kollegen vom Gewerkeverein daran schuld sind und Ausreicherdienste geleistet hätten. Wie wir feststellen haben, bezieht diese Mitteilung auf Schwindel; denn in jener Abteilung war überhaupt kein Gewerkevereiner beschäftigt. Ihre Entlassung haben die Verbändler selbst beschuldigt, da sie fortwährend unorganisierte Kollegen schikanieren, welche sich beschwerten. Daburc wurde die Entlassung herbeigeführt. Wenn trotzdem behauptet wird, daß die Gewerkevereiner benutzt oder unbewußt dazu die Veranlassung gegeben hätten, so erklären wir öffentlich, daß der Einfender des betreffenden Artikels in Nr. 4 des „Werkruf“ sich einer wissenschaftlichen Unwahrheit schuldig macht. Denn er muß nach Prüfung des Sachverhalts wissen, daß die Gewerkevereiner daran unschuldig sind. Aber man suchte auf jener Seite nach Material, um unsere Kollegen in den Augen der anderen verächtlich zu machen, weil gerade die Krankentassen-Delegiertenwahl vor der Tür stand. Wir glauben, von dieser Lattage öffentlich Kenntnis geben zu müssen, damit die Kollegen wissen, wie der wahre Sachverhalt liegt. Wer allerdings weiß, mit welchen Mitteln auf jener Seite gegen uns getämpft wird, der wird derartigen Notizen nicht allzu große Bedeutung beimessen.

Otto Rudolph, Haupt-Schriefführer des Gewerkevereins der Kreditoren.

Verbands-Teil.

Verjammungen.

Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/222. Mittwoch, 5. Mai. Vortrag des Kollegen Joseph: „Moderne Gesellschaft“. Gäste willkommen. — Gewerkevereins-Liederstafel (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — Diskutterklub Moabit. Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Radan, Waldstraße 58. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Sonnabend, 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung mit Damen bei Oswald Beckler, Brunnenstr. 143. Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Carotz. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Am Sonnabend, 1. Mai, abds. 8 Uhr, Versammlung mit Damen bei Funke, Triftstraße 68. Vortrag des Herrn Rejker: „Eine Mittelmeerfahrt“, mit Lichtbildern. Nach der Versammlung Tanz. — Bildhauer. Montag,

3. Mai, abends 9 Uhr, Versammlung Dresdenerstraße 10 bei Breuk.

Leipzig. Deutsche Handelschiffarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Peller“, Lindenau, Sägenstraße, statt.

Orts- und Nebinalverbände.

Hagen (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Leuchter, Ede Hansemannplatz und Sägenstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr drs., in Gärtmanns Hotel, Wollstr., Diskutterklub. (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Diskutterklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbad, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — Hagen a. H. (Diskutterklub). Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — Köln (Diskutterklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Pater Kolping“, Eiferstraße. — Hamburg (Diskutterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Diskutterklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Diskutterabend. — Walsheim-Nahe (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreteritzung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 88. — Cottbus (Diskutterklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kobl, Berlinstraße 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Liederstafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weifenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine). Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schwägerhaus“, Schäfersstraße. Gesangliche Gewerkevereinsstalten stets willkommen. — Saksfeld (Ortsverband). Sonntag, 2. Mai, nachm. 5 Uhr im lokale des Herrn Seelitz, Altröggenstraße, Ortsverbandsversammlung. — Luch-Hamburg a. H. (Ortsverb.). Sonntag, 2. Mai, nachm. 3 Uhr in Warnstedt, Wäldhof zur goldenen Krone, Ortsverbandsversammlung. Reichhaltige Tagesordnung u. a. Schiffsangelegenheit. — Wierohn a. H. (Ortsverband). Sonnabend, 1. Mai, nachm. 4 Uhr, Versammlung bei G. Zander, Dittmarsch, Dittstraße. — Oberhausen (Ortsverband). Ortsverbandsversammlung am Sonntag, 2. Mai, nachm. 4 Uhr bei Wirt Bollmann (Eil. Scholl), Rolandstraße. — Witten (Ortsverband). Am 2. Mai, vormitt. 10 Uhr b. Ruhlhoff, Breitelstraße in Witten, Vertreteritzung. — Rahmede (Ortsverband). Sonntag, 2. Mai, nachm. 4 Uhr, Versammlung bei Fr. Schulte. — Lippstadt (Ortsverband). Sonntag, 9. Mai, nachm. 2 Uhr, Verbandsversammlung in Laderborn. — Wausen (Ortsverband). Versammlung, Sonnabend, 8. Mai, abends 9 Uhr, Rest. „Stadt Zillau“. Jedem Kollegen wird das Erscheinen zur Pflicht gemacht. — Halle a. S. (Ortsverband). Sonntag, 9. Mai, nachm. 2 Uhr im Rest. Neff. Sitzung der Verbandsvertreter. I.-D.: 1. Gewerkschaftliches 2. Wahl eines 2. Vorgesetzten. 3. Soziale Wahlen. 4. Verschiedenes. 4 Uhr: Ortsverbandsversammlung. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Abrechnen serzeignis.

Berlin V (Fabrik- und Handarbeiter). Ernst Genf, Schriefführer, N. 58, Tredeustra. 7 v. I. — Leopoldshall = Staffort (Ortsverband). Karl Schön e, Vorgesender, Leopoldshall, Blumenstr. 15. — Primmelan i. Schl. (Ortsverband). G. Roth e, Schriefführer, Reuff. 4. — Etzigan (Maschinenbau- u. Metallarbeiter). Paul Ehler, Vorgesender, Elegnitzerstr. 9. Richard Jentzsch, Schriefführer, Steinstr. 17a. Richard Hahn, Kassierer, Elegnitzerstr. 18.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1908
auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verhandlungen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/22.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schärpen, a. g. h. ö. n. f. t.
und billigen bei
Th. Berkop, Oppeln.
Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Gewerkeverein Sam m e r e t, Hilsamarkt 10, Besprechungskarten.
Straßand (Ortsverb.). Herz. zur Heimat, Bleichstraße. Karten bei E. S u t o w s k i, Babenstr. 20.
Eberach a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassieren.
Gerberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Hahn“, Marktplatz.

Ortmann (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung. Markenausgabe beim Kol. R. A b a m, Cloaquerstr. 18.
Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Weigel, Chemnitz-Gablenz, Klausstr. 64.
Erfurt (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Wihl. Guhn, Schwergasse 9.
Weifenfels a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten beim Kollegen H i s c h e r, Leipzigstr. 28.
Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Grefgasse 2, Ede Oberlaugasse.

Eisenach u. Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Hartmann, Eisenach, Wiesenstr. 18.
Nabesberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeheim bei Oskar Höhnert, Birner Straße 28a, II. I.
Eöln und Wälfheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungskarten im Gewerkevereinsbureau, Seewitzstr. 118 I.
Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhält. das Ortsverbandsgeheim bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wihl. Berger, Wilhelmstraße 10.